



WAHLKAMPFKALKÜL?

Kanzlerin will Kölner Spielemesse „Gamescom“ miteröffnen

Von STRESEMANN | Alljährlich seit 2009 findet in Köln die Gaming-Messe „Gamescom“ als Nachfolge der Leipziger „Games Convention“ statt. Dieses Jahr läuft die Messe vom 22. bis 26. August.

Im letzten Jahr kamen fast 900 Aussteller und 350.000 Besucher zur Messe. Sowohl einschlägige als auch allgemeine Medien werden wieder über das Ereignis berichten. Denn die Gamescom ist, nachdem die US-amerikanische „E3“ an Größe verloren hat, die größte Messe für interaktive Unterhaltung weltweit.

Große Konzerne stellen neueste Spiele und andere Software, neue Hardware, alle paar Jahre auch neue Spielekonsolen, neue Trends und Marken vor – nationaler und internationaler Medienrummel ist also vorprogrammiert.

Dieses Jahr möchte die [Bundeskanzlerin die Gaming-Messe miteröffnen](#). Für mich als politisch interessierten und engagierten Menschen auf der einen, aber auch als Leidenschaftszocker auf der anderen Seite, riecht hier eindeutig der Fisch vom Kopfe her.

Eiskaltes, taktisches Kalkül

Mir zumindest wirkt es wie eiskaltes, taktisches Kalkül, dass sich die CDU-Chefin und erneute Kanzlerkandidatin plötzlich in das Rampenlicht der Messe einer Kulturabteilung stellt, die vor nicht allzu langer Zeit wegen des Verdachts der Verrohung Jugendlicher in das Fadenkreuz der Politik geriet.

Man erinnere sich an die leidliche „Killerspiel“-Debatte, in der Gewalt in Form eines interaktiven Mediums als Quelle Jugendlicher Aggressionen ausgemacht worden ist.

Es ist erstaunlich, wie schnell die Union plötzlich sämtliche Berührungspunkte mit der einst verhassten Killerspiel-Materie abzuwerfen bereit ist, wenn am 24. September dieses Jahres zur Wahl des deutschen Bundestages aufgerufen wird.

Freilich werden auch Titel (hinter verschlossenen Türen) auf der Gaming-Messe gezeigt, denen eine Altersfreigabe ab 18 Jahren schon jetzt sicher ist oder die, aktuell bekannter Inhalte nach zu urteilen, zumindest aussichtsreiche Anwärter auf eine solche sind.

Union wollte 2008 sogenannte Killerspiele verbieten

Dabei war es die Union zur niedersächsischen Landtagswahl im Jahre 2008, die sich das Verbot sogenannter Killerspiele ins Landesparteiprogramm gepinselt hatte.

Will die Kanzlerin den „einfachen Leuten“ und jüngeren Menschen auf der Messe (CDU-Wähler sind traditionell eher im verhältnismäßig fortgeschrittenen Alter) im Schicksalswahljahr 2017 etwa populistisch nach dem Munde reden und sich als Kulturfreundin inszenieren?

Dieser plötzliche Sinneswandel, diese Entdeckung wahlberechtigter Videospieldkonsumenten und des Rampenlichtes ihrer Messe inkl. ihrer Aufmerksamkeit durch die Medien – all das wirkt doch ziemlich wie ein taktisches Manöver, nur einen

Monat vor Bundestags- und Kanzlerwahl.

Wenn die Politik, die einige Jahre zuvor noch gegen Videospiele gewettert und wahlgekämpft hat, sich der kurz vor der Wahl plötzlich sympathisch gewordenen Spielekultur um den Hals wirft und ihre Messe und Besucher als Steigbügel benutzt, anstatt gegen die Probleme der Deutschen vorzugehen, dann heißt es für die Republik bald vor allem eines: „Game Over!“